

Warum ist es notwendig, in Berlin einen Erinnerungsort an die Opfer des Holocaust zu haben?

Am 25. Juni 1999 beschloss der Deutsche Bundestag den Bau eines zentralen Denkmals für die ermordeten Juden Europas in der Mitte Berlins. Es ist den sechs Millionen Opfern des Holocaust gewidmet und soll die Erinnerung an das grausamste Verbrechen in der deutschen Geschichte wach halten. Das Denkmal ehrt die Opfer und mahnt künftige Generationen, die Menschenrechte zu schützen, den Rechtsstaat zu verteidigen, die Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz zu wahren. In seiner Offenheit bietet es Raum für persönliches Erinnern, Gedenken und Trauern.

Es gab über dieses Denkmal die höchstmögliche Entscheidung, die in unserer Republik möglich ist – eine Entscheidung des freigewählten nationalen Parlaments. Die Entscheidung für das Denkmal in Berlin war eine der letzten, die der Bundestag in Bonn vor seinem Umzug in die neue Hauptstadt fasste. Es war die Entscheidung für ein erstes gemeinsames Erinnerungsprojekt des wiedervereinten Deutschlands und zugleich das Bekenntnis des geeinten Landes zu seiner schwierigen Geschichte – indem es in seiner Hauptstadt an das größte Verbrechen seiner Geschichte erinnert. Im Zentrum jener Stadt, die zwar nicht der Ort des Massenmordes war, von der aus aber die systematische millionenfache Tötung von Menschen erdacht, geplant, organisiert, verwaltet wurde.

Keine andere Nation habe je den Versuch unternommen, so schrieb der amerikanische Judaist James E. Young, »sich auf dem steinigen Untergrund der Erinnerung an ihre Verbrechen wiederzuvereinigen oder das Erinnern an diese Verbrechen in den geographischen Mittelpunkt ihrer Hauptstadt zu rücken«.

Der Entscheidung des Bundestages, den Denkmalsentwurf des amerikanischen Architekten Peter Eisenman zu realisieren, war eine über zehn Jahre andauernde intensive Debatte vorausgegangen. Der Anstoß dazu kam nicht »von oben«, sondern aus der Mitte der Gesellschaft selbst: Die Publizistin Lea Rosh und der Historiker Eberhard Jäckel veröffent-

lichten im Januar 1989 den ersten Aufruf der Bürgerinitiative »Perspektive Berlin« für die Errichtung eines solchen Denkmals.

Dieser Vorschlag löste eine Debatte aus, in der das politische Selbstverständnis der Deutschen am Ende des 20. Jahrhunderts reflektiert wurde und das Für und Wider der einzelnen Entwürfe zur Sprache kam. Diese Debatte war notwendig. Sie hat gezeigt, dass es mit zunehmender zeitlicher Distanz nicht einfacher, sondern eher noch schwieriger geworden ist, zu einem Konsens über angemessene Formen des Gedenkens und Ehrens zu kommen. Der Holocaust berührt die »Grenze unseres Verstehens«, und das Denkmal agiert an dieser Grenze. Es ist der Ausdruck für die Schwierigkeit, eine künstlerische Form zu finden, die dem Unfassbaren – der Monstrosität der nationalsozialistischen Verbrechen, dem Genozid an den europäischen Juden – überhaupt irgend angemessen sein könnte. Es verwischt die Grenzen nicht zwischen einer Erinnerung, die auf keinerlei Weise »bewältigt« werden kann, und jener Erinnerung, die für Gegenwart und Zukunft Bedeutung haben muss.

Die unweit des Brandenburger Tores nach Plänen von Peter Eisenman errichtete, weiträumige Skulptur ist begehbar. Wer das scheinbar endlose Meer aus Steinblöcken durchschreitet, lässt den Alltagslärm hinter sich, ist auf sich allein gestellt, kann sich der Bedrängnis des Ortes, der körperlichen Empfindung von Beklommenheit nur schwer entziehen. Der spürt die große emotionale und sinnliche Kraft, die das Denkmal entfaltet. Im Stelenfeld kann man erahnen, was Einsamkeit, Ohnmacht und Verzweiflung bedeuten.

Ein wichtiger Teil des Denkmals ist der unterirdisch angelegte »Ort der Information« – hier bekommen die Opfer des Holocaust Namen und Gesicht. Hier stehen die Schicksale einzelner Opfer und ihrer Familien im Mittelpunkt, hier wird ihr Leben, Leiden und Sterben dokumentiert. Die Personalisierung und Individualisierung des mit dem Holocaust verknüpften Schreckens ist gewollt – sie zieht sich wie ein roter Faden durch die gesamte Ausstellung. Sie soll die Ermordeten aus der Anonymität der nicht fassbaren Opferzahl herausholen, das eigene Gedenken mit konkreten Lebensgeschichten verbinden. In Text und Bild zeichnet die Ausstellung die ungeheuerliche Dimension des Massenmords an den europäischen Juden nach. Sie verweist auf die enorme Anzahl der Tötungsorte, informiert über die Eskalation der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik, nennt die Täter.

Das Denkmal im Zentrum der alten und neuen Hauptstadt zählt heute zu den meistbesuchten Stätten Berlins. Den Ort der Information haben seit Eröffnung des Mahnmals im Mai 2005 bereits über 3,5 Millionen Menschen besucht, das sind jährlich ca. 450 000 Gäste. Das Denkmal wird heute auch von jenen akzeptiert, die im Vorfeld skeptisch waren. Viele von ihnen sagen heute: »Wir haben uns geirrt!«

Die Einbindung der Gedenkstätte in das neu entstandene Parlaments- und Regierungsviertel ist ein Bekenntnis zu unserer politischen Verantwortung. Wir stellen klar, dass wir mit dem für uns so glücklichen Ausgang der Nachkriegszeit nicht die stille Hoffnung verbinden, das schlimmste Kapitel unserer Geschichte nun zuschlagen zu können. Ganz im Gegenteil: Das Denkmal trägt zur Selbstaufklärung unserer Gesellschaft bei. Es bleibt im besten Sinne anstößig, erregt die Emotionen und sorgt für Auseinandersetzung. Denn dieses Denkmal transportiert kein fertiges Geschichtsbild, sondern es setzt auf die Einsicht jedes Einzelnen. Dieses Denkmal posaunt seine Botschaft nicht hinaus, sondern gibt seinen Sinn nur im Inneren preis. Dieses Denkmal trägt keine stolze Botschaft, sondern es spricht von der Scham als einem Moment unserer menschlichen Würde.

Das Denkmal für die ermordeten Juden Europas hat die Erinnerungskultur in unserem Land wesentlich bereichert und die Debatte um die Zukunft der Erinnerung befruchtet. Auch das ist ein wichtiges Ergebnis! Schließlich befinden wir uns in einem Generationenwechsel: Faschismus, Krieg, organisierter Völkermord sind immer weniger lebendige Erinnerung von Zeitzeugen, sondern werden immer mehr zu Ereignissen der Geschichte. Sie wechseln von persönlicher, individuell beglaubigter Erinnerung in das durch Wissen vermittelte kollektive Gedächtnis. Was heute noch in großer Eindringlichkeit Zeitzeugen erzählen können, das müssen in Zukunft Gedenkstätten, Museen, Geschichtsbücher, Kunstwerke vermitteln. Für das Gelingen dieses Wandels trägt demokratische Geschichtspolitik Verantwortung. Das Denkmal dokumentiert diese Verantwortung.

Historische Aufklärung kann und soll politisches Bewusstsein schaffen. Das Entsetzliche der nationalsozialistischen Verbrechen, aber auch die Erfahrungen kommunistischer Unfreiheit müssen so vermittelt werden, dass sie mit dem Herzen erfahren und begriffen werden und auch künftig zu Empathie mit den Opfern führen. Insofern ist Gedenken immer mehr als aufgeklärtes Wissen.

Jungen Menschen sollte historisches Wissen so vermittelt werden, dass sie eine Beziehung zur Gegenwart herstellen können. Es geht nicht um die Übertragung von Schuld und von Schuldgefühlen, sondern darum, moralische Sensibilität und politische Verantwortung für die Gegenwart zu vermitteln. Betroffenheit, die nur ratlos macht, Wissen, das folgenlos bleibt – solcherart Ergebnisse von Erinnerungsarbeit sind nicht menschengemäß. Sie sind auch gesellschaftlich wirkungslos, im schlimmsten Falle sogar kontraproduktiv.

In unmittelbarer Nähe des Denkmals für die ermordeten Juden Europas befinden sich heute zwei weitere Gedenkstätten – das Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen und das Denkmal für die ermordeten Sinti und Roma. Noch im Entstehen ist ein Ort des Gedenkens an die Opfer der sogenannten Euthanasie-Morde.

Gemeinsam ist diesen Gedenkstätten, dass sie historisches Wissen vermitteln und auf ganz unterschiedliche Weise Beziehungen zur Gegenwart herstellen. Sie regen Besucher dazu an, über das Verhältnis von Opfer und Täter, von Zuschauer und Helfer, von Gruppenzugehörigkeit und Ausgrenzung nachzudenken. Und sie stellen Fragen: Was kann, was muss der Einzelne gesellschaftlich tun oder unterlassen? Warum sind gerade demokratische Gesellschaften auf individuelles Engagement angewiesen?

An die geschichtlichen Erfahrung der Nazi-Diktatur auf deutschem Boden, an Opfer und Täter, an Ursachen und Folgen zu erinnern, sie konsequent aufzuarbeiten – das gehört als konstitutives Element zu unserem demokratischen Selbstverständnis. Nicht zu verdrängen und nicht zu leugnen, nicht dem gewissermaßen »spontanen« Verlangen nachzugeben, die furchtbaren Naziverbrechen zu beschönigen oder zu vergessen – das gehört wirklich zum moralischen Fundament der Bundesrepublik, und nur deshalb konnte sie, glaube ich, als Demokratie gelingen.

Erinnerungsarbeit kann helfen, den Blick zu schärfen für heutige Gefährdungen der Demokratie, für die Mechanismen von Stigmatisierung und Ausgrenzung, für die Ursachen, Erscheinungsformen und Wirkungen von Intoleranz und Fremdenhass, von Antisemitismus und Rassenvahn.

Die jüdische Philosophin Hannah Arendt sagte: »Das Höchste, was man erreichen kann, ist zu wissen und auszuhalten, dass es so und nicht anders gewesen ist, und dann zu sehen, was sich daraus – für heute – ergibt.« Das klingt bescheiden, aber dahinter steckt ein hoher Anspruch:

Menschen, die sich erinnern, wie es gewesen ist, und daraus entschieden Konsequenzen ziehen, werden ein Bewusstsein von der Fragilität unserer Zivilisation entwickeln. Wenn in einer Gesellschaft Frieden und Freiheit herrschen, dann ist das kein Naturgesetz und kein Zufall, sondern es ist von Menschen gemacht – so wie die unmenschlichen Verbrechen des Nationalsozialismus von Menschen »gemacht« wurden!